

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Preis monatlich 2,- DM. Einzelhefte 10 Pf. Alle Postbestellungen, Postämter und Buchhandlungen sind zu befragen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Mittwoch, den 6. Januar 1933

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 4 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Mittwoch, den 6. Januar 1933

## Die große Geste.

Im Zeitalter zahlloser politischer Konferenzen wird viel zu viel „geredet“ von denen, die die Geschichte der Staaten und Völker zu lenken haben. Man liebt an Buchstaben, Zahlen und Verträgen, die Juristen führen das große Wort — und da fehlt eben das instruktive Empfinden für die massenpsychologischen Rückwirkungen. Wenn man z. B. in Frankreich darüber entrüstet ist, weil die „veröhnlichen“ Rückwirkungen der „vorzeitigen“ Abseilandrückung auf Deutschland ausblieben, so liegt der Grund darin, daß man erst auf der Haager Konferenz alles geredet, und dann Herr Tardieu durch sein Spiel mit dem Recht der Sanktionen diese psychologische Tätigkeit noch forcierte, insofern sie sich aus dieser „großen Geste“ — als solche will man in Frankreich die Abseilandrückung betrachten wissen — schließlich gar nichts ergeben hat. Genau so war es mit dem Hoover-Festjahr. Auch das wurde so lange „geredet“, bis von ihm psychologisch nur noch Regen übrig waren, die auf die Wirtschaftskrise der Welt keinerlei Bremswirkungen auszuüben vermochten.

Wir jähren: Frankreich wird keine Reparationen mehr erhalten. Warum also so viele Ausreden gebrauchen? Warum so viel falsch angebrachte Geschicklichkeit? Wir ziehen eine größere Geste vor; denn da alle Reparationen in Wirklichkeit verloren sind, so riskieren wir nicht mehr, wenn wir den Deutschen ihre Schulden erdgütig und ganz erlassen.“ Das schreibt die vielleicht größte französische Provinzzeitung, die „Dépêche de Toulouse“. Sie ist radikalsozialistisch, gehört also zu der stärksten Partei Frankreichs, die zu der Regierung Laval in einem föhli-neutralen Verhältnis steht. Der Artikel hat gewaltiges Aufsehen erregt, argumentiert aber hinsichtlich der vorgeschlagenen „großen Geste“ der Streichung aller deutschen Reparationsverpflichtungen insofern ganz richtig, als allein auf diesem Wege auch von Amerika ein gleich weites Entgegenkommen in der interalliierten Schuldfrage erreicht werden könne. „Wir werden dann allen Nationen das Beispiel eines Staates gegeben haben, der seine Forderungen dem Weltfrieden opfert.“ Und der Verzicht auf die deutschen Reparationen — auf deren Bezahlung nach Ansicht des Blattes überhaupt nicht zu rechnen sei — gehe ja noch weit über das von Nordamerika gewünschte Maß der Hilfe für Deutschland hinaus und werde darüber nicht ohne entsprechend weitgehende Rückwirkungen bleiben. „Aber weicht ein französischer Staatsmann wird eine solche große Geste wagen?“

Wenn selbst die französische Zeitung diese Zweifelsfrage stellt, so dürfen wir Deutschen sie mit noch bedeutenderem Zweifel unterfragen. Daß die Zahlung von deutschen Reparationen aus längerer Zeit für Deutschland unmöglich ist, sieht man in immer weiteren französischen Kreisen, sieht man auch im Kabinett Laval ein, woraus dann wenigstens der Vorschlag eines Moratoriums für die bedingten deutschen Tribute und eine Krediterhebung des unbedingt zu zahlenden Teils der Young-Plan-Verpflichtungen hervorgegangen ist. In Deutschland ist man sich einig darüber, daß eine weitere Tributzahlung überhaupt nicht mehr möglich ist. Die „große Geste“ des Toulouser Blattes hat bei einigen Pariser Organen der Radikalsozialisten eine mehr oder weniger bedingte Zustimmung gefunden, namentlich bei jener Zeitung, die einem der maßgebendsten Männer dieser Partei nahesteht. Dort findet man einen Satz, eine Selbstkenntnis und ein Selbstbekenntnis, das aus französischer Feder stammend, gerade jetzt größte Bedeutung verdient, da die Reparationskonferenz näher rückt. „Wir brauchen nur zu wollen, und wir können die Welt retten.“ Und dieses Wollen, so fügt die Welt hinzu, muß bald kommen, weil es eine Rettungsmöglichkeit überhaupt nicht mehr allzu lange Zeit geben wird!

Gerade, daß man von Deutschland vorerst doch keine Reparationen erhalten wird und erhalten kann, daß trotzdem aber ein unverjährbarer, später auch wieder geltend zu machender „Rechtsanspruch“ gewahrt bleiben soll, würde wieder ein Moratorium zerrütten und seine Wirkung zerrütten. Das Damoklesschwert hing fortwährend über der Welt nie aus einer Situation herauskommen, die ein ruhiges Arbeiten am Wiederaufbau der zerrüteten und zerstörten Weltwirtschaft unmöglich machen muß.

## Um die Regierungsbildung in Hessen.

Die Auseinandersetzungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten über die Regierungsbildung in Hessen scheinen nun wieder in Fluß zu kommen. Im Mainz-er Zentrumsbulet veröffentlicht der Reichstagsabgeordnete Dr. Bodius einen Artikel, in dem er vor allem die Marschrichtung des Zentrums im Hinblick auf die Außenpolitik behandelt. Dabei betont er, das Zentrum müsse wolle, verlangen, daß es in Deutschland nur eine Außenpolitik gibt, und zwar die des Reichstanzlers Dr. Brüning. Diese Politik müsse auch Hessen durch seinen Vertreter im Reichsrat unterstützen. Eine Zusammenarbeit mit dem Zentrum sei auf weite Sicht hinaus nicht ohne Bräunung möglich. Darauf müßten sich auch die Nationalsozialisten einstellen.

## Ein Wirtschaftsbündnis England-Skandinavien?

### Die Kopenhagener Konferenz.

Kopenhagen, 5. Januar. Die Besprechungen der skandinavischen Außenminister werden am Mittwoch hier beginnen. Es handelt sich im wesentlichen um die Erörterung von Währungs- und handelspolitischen Fragen. Die Annahme der Londoner Financial Times, daß dieser Kopenhagener Besprechung sofort eine englisch-skandinavische Währungskonferenz in London folgen werde, wird an maßgebender dänischer Stelle als unzutreffend bezeichnet. Zunächst steht ober fest, daß die Außenminister der zum Skandinavien gehörenden Staaten, also Dänemark, Schweden, Norwegen, Island, Belgien und die Schweiz unmittelbar vor den großen politischen Konferenzen oder während dieser Konferenzen gemeinsame Besprechungen jenseitiger Art abhalten werden.

Stockholm, 5. Januar. Die Stockholmer Abendpresse vertritt den Standpunkt, daß die Kopenhagener Besprechung ein Wirtschaftsbündnis zwischen England und Skandinavien vorbereiten soll. Angeblich soll eine gemeinsame Währungsfreie Zone zwischen England und den nordischen Ländern gebildet werden. Diese Annahme fußt auf der Tatsache, daß sowohl England als auch die drei skandinavischen Länder den Goldstandard in ungefährem gleichen Maße verlassen haben. Außerdem sei England der wichtigste Wirtschaftspartner der drei Nordländer. Andererseits ist die wirtschaftliche Struktur der skandinavischen Länder recht verschieden, so daß bisher alle Pläne zur Wiedervereinigung der Münzunion gescheitert sind.

### Die Tribute sind an der Weltkrise schuld.

Frankreichs unrichtiger und unerhörter Standpunkt.

Die ganze Tributpolitik muß ihre innere Unmöglichkeit erkennen, wenn nachgewiesen wird, daß die Tributzahlungen tatsächlich an der Weltkrise schuld sind. Daher ist auch bei der Baseler Konferenz ein zweifellos von französischer Seite beeinflusstes Telegramm bemerkenswert, das die Konferenz auf den Grundsatz festlegen wollte, die Weltwirtschaftskrise und die Tributzahlungen hätten nichts miteinander zu tun. Daß dieser in seiner Tendenz durchsichtige französische Standpunkt durchaus irrig ist, das beweist der bekannte schwedische Volkswirtschaftler Professor Gustav Cassel in einer Abhandlung über die Frage „Tributzahlungen und Weltwirtschaft“. Er führt u. a. folgendes aus:

Zwischen Weltwirtschaftskrise und Tributzahlungen besteht nicht nur ein psychologischer Zusammenhang, sondern eine unmittelbare nachweisbare Kausalverbindung. Die Tributforderungen hätten die Goldstandards der Welt und den internationalen Handel ins Verderben geführt. Deutschland habe nämlich außer den Tributen die Zinsen der für frühere Tributzahlungen geliehenen zehn Milliarden Auslandsschulden zu zahlen. Hierfür sei ein gewaltiger Ausfuhrüberschuß nötig, den die Gläubigerstaaten jedoch nicht aufnehmen wollten. Die Vereinigten Staaten und Frankreich hätten schließlich Gold an sich gerissen, daß in den übrigen Ländern eine Goldknappheit entstand und alle Preise fielen. Dadurch sei die Summe der Tribute und der übrigen Schulden noch weiter in die Höhe geschraubt worden.

Frankreich habe die Baseler Verhandlungen unter dem Vorwand begonnen, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit im Young-Plan festgestellt sei und deshalb nicht erörtert werden könne. Schon die geistige Einstellung eines solchen Zeitgenossen sei bezeichnend für die französische Denkweise. Cassel erinnert in diesem Zusammenhang an das französische Verlangen, die Schuld am Weltkriege ein für allemal durch eine erzwungene Unterschrift festzustellen.

Abgesehen hiervon begehe Frankreich den großen Fehler, daß es Deutschlands Zahlungsfähigkeit als eine gegebene Größe hinstelle, was unrichtig und unerhört sei. Frankreich habe ja selbst anerkennen müssen, daß Deutschland im Augenblick zahlungsunfähig sei. Weiter habe Frankreich allerdings nicht gehen wollen, sondern dann vielmehr behauptet, daß die Weltwirtschaftskrise bald zu Ende gehen müsse. Das sei aber eine durch und durch unmoralische Ansicht.

## Die Angst vor dem tributbefreiten Deutschland.

Frankreich deckt seine Karten auf.

Schon von jeher hat die amtlichen französischen Kreise der Grundsatz beherrscht, ohne jedoch bisher klar ausgesprochen zu sein, daß es sich bei der Aufrechterhaltung der Tribute weder um die sogenannte Durchführung verbrieft und heiliger Rechte, noch um eine Lebensnotwendigkeit des französischen Volkes oder um eine Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden handelt, sondern einzig und allein um die Möglichkeit, Deutschland solange wie möglich am Boden zu halten, um einen ernstlichen Konkurrenten für Frankreich auszuscheiden.

Wenn Deutschland von den Tributen befreit werde, so erklärt jetzt ausdrücklich der immer gut informierte

mierte französische außenpolitische Redakteur Bertinaz im „Echo de Paris“, dann werde es nach Ablauf der augenblicklichen Krise auf dem internationalen Markt unumstößlich die Obermacht gewinnen. Außerdem werde es um so schneller an den zweiten Punkt seines Programms, nämlich die Gebiets- und politischen Forderungen, herangehen, je eher es von der Last der Tribute befreit werde.

### Neue französische These.

Im Namen der Zivilisation: Tribute!

Der „Temps“ untersucht in einem langen Artikel das Tributproblem. Die Annulierung der deutschen Zahlungen würde ein Verbrechen gegen die Achtung der Verträge darstellen, die als die Grundlage der Zivilisation angesehen werden müßten. Das Interesse Frankreichs stehe weniger auf dem Spiel, denn

das Volk, das der Ausfall der Reparationen in Frankreichs Haushalt hervorrufen würde, könne gestopft werden.

Es handele sich vielmehr um das Interesse der europäischen Zivilisation. Ein Sieg Deutschlands in der Tributfrage würde es nur ermutigen, neue Forderungen zu stellen. Der Young-Plan sei weder ein Dittat noch ein Tribut. In normalen Zeiten sei seine Anwendung nur gerecht. Er müsse außerdem als ein Symbol nicht der Unterdrückung des deutschen Volkes, sondern der Ehrfurcht, die man der Zivilisation schuldig sei, erhalten bleiben.

## Die Pariser Blätter zum Vorschlag eines Tributverzichts.

Paris, 5. Januar. Die Aufforderung der radikalsozialistischen Depêche de Toulouse, Frankreich möge im Interesse einer deutsch-französischen Annäherung endgültig auf die Tribute verzichten, wird in der gesamten Pariser Presse ausführlich kommentiert. Die rechtsgerichteten Blätter wenden sich mit aller Schärfe gegen eine derartige „Zunutung“, während die Linkspreß bis zur République einer derartigen Geste durchaus zustimmt. Das Organ des linken Flügels der radikalsozialistischen Partei erklärt, daß die Ausführungen des Toulouser Blattes vollkommen im Rahmen der Gedankengänge lägen, die von den Radikalsozialisten schon immer verteidigt worden seien. Die Ere Nouvelle, die dem Präsidenten der Partei, Derricq, nahesteht, zeigt sich weniger begeistert. Auch sie stimmt dem Gedanken zu, macht aber zur Bedingung, daß eine derartige Geste nicht ein Geschenk Frankreichs darstellen dürfe. Es sei vorsichtiger und klüger gehandelt, wenn man vorher die notwendigen Zugeständnisse erhalte und die Gewißheit habe, daß in Zukunft nie wieder die Rede von Rüstungsgleichheit, Vertragsrevision oder Annullierung sein werde. (1) Die Rechtspreß ergeht sich zum Teil in großen Beschimpfungen gegen den Chefredakteur des Toulouser radikalsozialistischen Organs. Ami du peuple erklärt, daß der Artikel der geradezu idiotische Überlegungen anstelle. Er könne vom Mond gefallen zu sein und die letzten 10 Jahre der Geschichte vollkommen unbeachtet zu lassen. Journal des Debats erklärt, man müsse zunächst die Stellung Derriots, Collaux und Corrauts abwarten, um zu sehen, ob sie schon soweit gesunken seien, daß sie den Mut hätten, einen derartigen Plan anzunehmen.

## Laufanner Konferenz am 25. Januar.

Nachdem Bundespräsident Nolte bereits dem englischen Gesandten und dem französischen Botschafter in Bern seine Zustimmung zur Abhaltung der Tributkonferenz in Lausanne gegeben hat, hat der Gesamtbundesrat diese Zusage bestätigt.

Die Konferenz wird am 25. Januar in Lausanne beginnen. Bundespräsident Nolte wird als Vertreter der schweizerischen Landesregierung und damit des Gastlandes der Eröffnungssitzung beiwohnen.

## Stillhaltung nur für ein Jahr?

Berhandlungen über Verlängerung bis zum 1. März 1933.

Die Stillhalteverhandlungen sind nach der Weihnachtspause planmäßig weitergeführt worden. Wie verlautet, hat man

die Diskussion eines mehrjährigen Stillhalte- und Amortisationsplanes aufgegeben; der Gegenstand der Verhandlungen ist nunmehr ausschließlich die Verlängerung der bisherigen Stillhaltung um ein Jahr.

also bis 1. März 1933. Man spricht demgemäß jetzt das alte Stillhalteabkommen paragrafenweise durch, im Hinblick auf die bei dieser Prolongation vorzunehmenden Änderungen. Im Rahmen dieser Prolongation verlangen die Ausländer die Auszahlung einer Kapitalquote.